

Staedte im Sozialismus

Veranstalter: Technische Universität Berlin, Arbeitsstelle für europäische Stadtgeschichte, Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung Erkner (IRS)

Datum, Ort: 06.02.2004–07.02.2004, Berlin

Bericht von: G. Wagner-Kyora, Hannover/Halle

Es galt Bilanz zu ziehen über die Kooperation der beiden führenden stadtgeschichtlichen Institute Berlins in einem VW-Projekt und dessen Ergebnisse in einem illustren Kreis avancierter Stadtforscher zu präsentieren. Wie Heinz Reif von der Technischen Universität Berlin als Grundlage der DDR-Stadtgeschichte herausstellte, ist an den gegenwärtigen kultur- und erfahrungsgeschichtlichen Paradigmenwechsel auch eine Horizonsweiterung unseres Blicks auf die „sozialistischen Städte“ geknüpft. Ihren Städtebau und ihre Stadt-Politik lediglich als Ergebnisse zentralstaatlicher Anweisungsmacht zu registrieren, negiere die Akteursmacht von kommunalen Entscheidungsträgern und die Definitionsmacht städtischer Eliten und Einwohner.

Vielmehr sei das zu untersuchen, was Reif als die „sozialistische Praxis“ definierte: konkrete Entscheidungskonstellationen und Handlungsoptionen, in denen die Komplementarität von zentralistischem Verwaltungsstaat und schöpferischem Eigensinn der kommunalen Akteure hervortrete und sie zu eigenwilligen Gestaltern einer „defizitären Urbanisierung“ unter den Vorzeichen von Mangel und Zwang gemacht habe. Daraus leiteten sich konkrete Zielstellungen über den Vergleich von monographischen Längsschnittanalysen einzelner Städte ab, wie sie im VW-Projekt erfolgreich durchgeführt wurden, und Perspektiven für eine mittel- und osteuropäische Erweiterung des Fragekataloges.

Adelheid von Saldern (Hannover), als innovative Kultur- und Sozialhistorikerin mit den erfahrungs- und diskursgeschichtlichen Dimensionen des Untersuchungsfeldes Stadt lange vertraut, schlug vor die kommunalen Handlungsspielräume in Bezug auf den Staat überhaupt erst zu bestimmen, indem die DDR als Arbeitsgesellschaft wahrgenommen wer-

de und die aufgrund ihrer fehlenden Selbstverwaltung machtlosen Städte differenziert analysiert werden. Unter dem Diktat permanenten Mangels habe es eine massive Hierarchisierung zu Lasten der Kleinstädte gegeben, eine Zentralisierungstendenz, die vergleichbar mit der Stadtgeschichte Frankreichs sei. Ständige Aushandlungsprozesse zeigten allerdings auch strukturelle Ähnlichkeiten mit dem NS-Herrschaftssystem. Deprofessionalisierung der Verwaltung und ihre dennoch zunehmende Spezialisierung gingen Hand in Hand. Ihre zunehmenden Planungsaufgaben gerieten unter den Konkurrenzdruck der Großbetriebe.

Diskontinuierliche Strukturveränderungen verliefen parallel zu einer massiven Imagepolitik, die unter dem Parteivorbehalt nach wie vor eine eingeschränkte Vielfalt von Stadtrepräsentation ermöglichte. In widersprüchlicher Repräsentativität vermittelten Oberbürgermeister traditionellen Stadt-Stolz als symbolische Identitäts-Politik einer „inszenierte(n) Einigkeit“.

Zentral bleibe somit die Frage nach den Akteuren, nach den kommunalpolitisch Handelnden und ihren Stadtbürgern. Schließlich seien die DDR-Städte als Erinnerungsorte zu analysieren, in denen sich unterschiedliche mental maps in verschiedenen Zeitschienen überlagerten und fiktionale Wunschbilder einen praktikablen Realitätsanspruch erhoben.

Christoph Bernhardt markierte den Stellenwert der Wohnungspolitik in DDR-Städten am Beispiel Eisenhüttenstadts. Zwar nahmen die Wohnungsgrößen ab, aber die technischen Standards wurden mit Zentralheizung, Bad und Aufzug bereits in den sechziger Jahren stellenweise optimal erhöht und prägten die Lebensgewohnheiten. Entscheidend griff der Rat des Bezirkes über die Wohnungsbaukombinate in die Ausgestaltung der Wohnungsbauprogramme ein, die in den Kommunen starke zyklische Schwankungen aufwiesen. Bernhardt wies darauf hin, dass es ein zeitgenössisch dokumentiertes Ranking des Heimisch-Fühlens in den Städten gab, dessen Hintergründe und Bestimmungsfaktoren erst noch erforscht werden müssten.

Peter Hübner (Potsdam) warf die Frage nach der „Ver-Arbeiterlichung“ des städtischen Lebens in der DDR auf. Entscheidungs-

tentiale seien in einem spezifischen Mikro-Korporatismus mit informellen Netzwerkstrukturen zu verorten.

Von Saldern betonte in der Diskussion die Vorteile von Längsschnitt-Untersuchungen: Stadtfeste des Nationalsozialismus, nicht diejenigen aus der Weimarer Republik, wurden im kollektiven Gedächtnis erinnert. Darin blieb die singuläre Bedeutung von DDR-Städten präsent, selbst wenn der Wohnungsbau und das Gesundheitswesen als zentrale Aufgabenfelder entfielen. Thomas Topfstedt (Leipzig) verwies in diesem Zusammenhang auf die Identitätspolitik durch die lokale Denkmalpflege, auf die Bedeutung der Heimatmuseen, deren sinnstiftende Aktivitäten es immer noch nahe legten die Selbstbeschreibung der DDR-Städte als eine bildungsbürgerliche Kultur zu identifizieren.

In der anschließenden Sektion über die Mehr-Ebenen-Politik zwischen Zentralstaat und Kommunen verknüpfte Carsten Benke (Berlin) die Analyse der Kommunalpolitik von Ludwigsfelde zu einer integrativen Politik- und Erfahrungsgeschichte. In der kleinen Industriestadt südlich von Berlin gab es keine städtische Infrastruktur, aber eine darauf abzielende Erwartungshaltung in der Bevölkerung, welche die Versprechungen der zentralen Verwaltungsstellen im kollektiven Gedächtnis speicherte und in diffizilen Aushandlungsprozessen zwischen Kreis, Bezirk und Stahlwerk abrief. Nicht die örtliche Parteiorganisation, sondern diejenige des Betriebes dominierte und ein langsamer Professionalisierungsschub erreichte die Stadtverwaltung erst seit 1965, wobei tragfähige Netzwerke mit dem Landkreis Zossen entstanden. In diesem mesopolitischen Kräftefeld agierte der Stadtrat als machtloses, aber dennoch initiatives Sprachrohr von Einwohnerinteressen, die sich im Bau des überdimensionierten Schwimmbades ein beeindruckendes Denkmal lokaler Aushandlungsmacht schufen.

Albrecht Wiesener (Potsdam) appellierte daran, den städtischen Nahbereich als Partizipationsressource divergenter Interessenkonstellationen wahrzunehmen und hierbei biographiegeschichtliche Forschungsstrategien zu entwickeln, welche die Mentalität der Stadtbürger und die Wirkung informelle Netzwerke berücksichtige.

Frank Betker (Aachen) zeigte in kollektivbiographischen Befunden die Rekrutierungswege von Stadtplanern auf. Die lokalen Büros der „Stadtarchitekten“ blieben Horte bürgerlicher Professionalität und intensivierten diese Qualität noch zwischen 1970 und 1990. Eigensinniges Handeln in der kommunalen Stadtplanung war damit vorprogrammierte Regel und keine Ausnahme, denn der Sinn ihrer Berufsausübung lag in der Akkumulation sozialer Wertschätzung. Gegen den Machanspruch der Partei lebten sie ihr Berufsethos in der langen Deutungskontinuität eines „Stadtbaumeisters“, die sich nach 1990 oft bruchlos fortsetzen ließ.

Ulrich Hartung (Berlin), Ende der 1980er Jahre im regimeabstinenten protestantischen Bürgerinitiativen-Milieu tätig und praktisch um den Erhalt des barocken Glauchaer Kirchturms in Halle verdient, hob als Zeitzeuge in der Diskussion die enormen persönlichen Handlungsspielräume des Halleschen Stadtarchitekten Brandstätter hervor, die sich allerdings nicht zugunsten des Altstadt-Erhalts ausgewirkt hätten. Auf Rückfragen nach der kollektivbiographischen Zuordnung der lokalen Planer konnte Carsten Benke eine ausgeprägt lokalpatriotische Grundhaltung der Ludwigsfelder Kommunalpolitiker als Diskurs ihrer elitären Sinnbezüge benennen.

Kontinuierliche Stadtplanung wie in Rostock (Thomas Wolfes, Berlin) sowie diskontinuierliche wie in Neubrandenburg (Brigitte Raschke, Berlin) und in Jena (Rüdiger Stutz, Jena) bestimmten die Potentiale der „defizitären DDR-Urbanisierung“. Neubrandenburgs Städtebau war von diskontinuierlichen Planvarianten geprägt, die mal das Bremer Rathaus als norddeutschen Renaissance-Typ serienweise kopierten, mal aus der Inspiration der großen Leerfläche überdimensionierte Zentrums-Neuplanungen verwirklichten und mal die verordnete Repräsentation als „Stadt der Landwirtschaft“ mit einem überdimensionierten neogotischen Turmbau symbolisieren wollten. Selbst der Abriss der gotischen Marienkirche war in dieser Planungseuphorie kein Tabu, er wurde aufgrund der Proteste gegen die Sprengung der Leipziger Uni-Kirche aber nicht mehr realisiert. An diesem Punkt setzte Andreas Mai (Leipzig) in der Diskussion an und fragte danach, welche Be-

deutungsverschiebungen in den Köpfen der Planer stattfanden, wenn sie ein Gebäude als im Wege stehend identifizierten. Bruno Flierl, Präsident der gastgebenden Berliner Architektenkammer, sah darin einen Konkurrenzkampf um „feindliche Dominanten“, der im 20. Jahrhundert Tradition habe und bis heute fortgesetzt würde.

„Alltag und Öffentlichkeit“ war die Eingangssektion des Folgetages überschrieben, welche die Produktion von Bedeutung in einer Stadtgesellschaft multiperspektivisch hinterfragte. Philipp Springer (TU Berlin) demonstrierte mit der Methodik der Konsumgeschichte die dichotomische Wahrnehmung der jungen Industriestadt Schwedt. Als Inbegriff eines monotonen Städtebaus abqualifiziert, bestanden hier spätestens mit dem Neubau des großen Centrum-Warenhauses im Jahr 1972 weit überdurchschnittliche Konsumchancen, welche das Selbstverständnis der Stadtbürger stärker prägten als es die Stadtarchitektur vermochte. Mit den schwindenden Konsumchancen der achtziger Jahre büßten sie ihre Bindungskraft jedoch wieder ein. Wenn zur Jugendweihe 1980 die Torte nicht mehr ausgeliefert werden konnte, dann strukturierte dieser Einschnitt auch die Erinnerung der Zeitgenossen.

Lu Seegers (Gießen) zeigte im Vergleich der Festkultur von Rostock, Zwickau und Leipzig die Potentiale einer integrativen Kulturgeschichte für die Stadtgeschichtsforschung auf. Mit der Einweihung der ersten Kaufhalle, die Rostock zum 750jährigen Geburtstag von „der DDR geschenkt“ wurde, symbolisierte die Selbstbedienung, die reale Utopie kommunistischer Gleichheit im Überfluss. Die Ästhetisierung der privilegierten Bezirksstädte wurde als dauerhafter Mentalitätswandel inszeniert, der im kollektiven Gedächtnis nachhaltig verankert blieb. Die Rostocker Bürger waren stolz auf ihre Ostseewoche und machten sie zu ihrer eigenen Sache, nicht nur in der Propaganda. Rowdy-Krawalle und gezielte Verfolgung von aufsässigen Jugend-Gruppen, etwa zum 800jährigen Jubiläum Leipzigs, belegten die ausgrenzenden Potentiale einer auf Sozialkontrolle ausgerichteten Stadtkultur.

Petr Lozoviuk (Prag/Dresden) stellte aus dem ethnologischen Blickwinkel den „Realsozialismus als Kulturtyp“ dar, indem er diver-

gente Wahrnehmungen von Einheimischen und Zugezogenen in einer kleineren tschechischen Industriestadt aufzeigte, basierend auf einem Sample von 109 Interviews. Im zentralen Konfliktfall der Altstadt-Sanierung setzten sich die Stadtplaner mit dem Abriss gegen die Interessen der Eingesessenen durch und marginalisierten deren Sinnbezüge im Zuge einer „rationalistischen Utopie“.

Harald Bodenschatz (TU Berlin) merkte in der Diskussion an, dass ein Ranking von Gewinnern und Verlierern in der Städte-Konkurrenz des Realsozialismus ein strukturgeschichtliches Orientierungsraster ergeben könne, das auch helfe die post-fordistische Phase der 1980er Jahre in der DDR-Kommunalpolitik angemessen zu bestimmen.

Christiane Post (Berlin) zeigte anschließend die Internationalität des stalinistischen Städtebaus der dreißiger Jahre auf. Ausgehend von radikalen Desurbanisierungsvorstellungen mit der in die Landschaft ausgreifenden Bandstadt wurde er später hausbacken monumental. 1931 avancierte der reformorientierte Frankfurter Stadtplaner Ernst May zum „Organisator des sozialistischen Siedlungswesens“ in der Sowjetunion, während 1932 der epochenmachende Generalbebauungsplan Moskaus aufgrund seiner Quartiersplanung in der deutschen Fachöffentlichkeit kurzzeitig Furore machte.

Thomas Bohn (Jena) fokussierte diesen Blickwinkel auf die Planungsgeschichte der Stadt Minsk, die im Zweiten Weltkrieg vollständig zerstört worden war. Bis 1939 war eine Urbanisierung abgelehnt worden, weil die Stadt unbegrenzt wachsen und das Dorf industrialisiert werden sollte. Minsk orientierte sich nicht an der stalinistischen Stadtbaukultur einer Strukturierung durch Hochhäuser, an Flussläufen, mit einem monumentalen Verwaltungsviertel und der zeremoniellen Inszenierung öffentlicher Plätze, einer funktionellen Segregation und der Suburbanisierung. Vor dem Hintergrund permanenten Mangels angesichts eines jährlichen Bevölkerungswachstums von mehr als 5%, der in einer typischen Konfliktkonstellation von Stadtsojiet und Wohnungsbaukombinat perpetuiert wurde, schritt die bäuerliche Familie zur Selbsthilfe. Sie baute ihre Holzhäuser im Hei-

matdorf ab und am Stadtrand von Minsk wieder auf, sodass eine Verdörflichung des gesamten Weichbildes oder auch eine „Verbäuerlichung“ der städtischen Lebensbereiche einsetzte, ein Begriff, der unsere Vorstellungen von „sozialistischer Urbanisierung“ erweiterte.

Auch Ivan Nevzgodine (Novosibirsk/Delft) betonte die Vorbildfunktion internationaler, insbesondere deutscher Städtebau-Experten für die sowjetische Planungskultur der frühen dreißiger Jahre und präzentierte eine Abfolge faszinierender Planvarianten für die neuen und neu erweiterten Industriestädte am Ural und in Sibirien. Nowosibirsk, um die Jahrhundertwende als amerikanische Rasterstadt nach New Yorker Vorbild errichtet, wurde seit 1927 zur Garten- und Trabantstadt erweitert. Neue Typen klassisch moderner Funktions- und Verwaltungsbauten setzten sich in den Industriestädten durch. Gartenstädte wurden für Wissenschaftler gebaut, Cottages für Akademiker.

Christiane Post unterstrich in der Diskussion über die Akteursmotivationen, dass es im stalinistischen Städtebau weniger um Klassenkonflikte als vielmehr um institutionelle Konfliktlinien gegangen sei und dort die entsprechenden Bedeutungsverschiebungen zu lokalisieren seien.

Die Sektion über „Mittel- und Osteuropäische Erfahrungen“ wurde fortgesetzt mit Referaten zur vergleichenden Industriegegeschichte der Städte Nova Huta bei Krakau und Ostrava (Dagmara Jajesniak-Quast, Frankfurt/Oder) sowie der Ethnopolitik per Industrialisierung in Siebenbürgen (Brigitte Mihok, Berlin), die zu Lasten der ungarischen Bevölkerungsmehrheit in Clus und Turga Mures seit 1966 forciert wurde.

In der Abschlussdiskussion positionierte Heinz Reif das Forschungsfeld DDR-Stadtgeschichte vor dem Hintergrund eines Überangebots an makropolitischen und stadtplanerischen Informationen und eines großen Defizits an mikrohistorischen Zugangsweisen. Waren die DDR-Städte Orte der Stabilisierung der SED-Herrschaft, weil diese durch den lokalen Einfluss erträglicher gemacht wurden? Waren sie Orte der Erfahrung von Defiziten oder von Integration, auch der

Sinnbezüge? Was eine spezifisch „sozialistische Urbanität“ ausmache, könne nicht mit dem Kulturbegriff Simmels beantwortet werden, wohl aber in einer Analyse der Planungsmaßstäbe und ihrer Realität, die etwa in den Eingaben aufgedeckt werden könne. Lokalpolitische Konfliktfälle wie um den Bau des Leinefelder Schwimmbad belegten, dass kulturwissenschaftliche Ansätze unser Bild von der DDR-Gesellschaftsgeschichte durch eine variantenreiche Stadtgeschichte unmittelbar erweiterten.

Christoph Bernhardt entwarf eine Wahrnehmungstypologie planerischen Mehr-Ebenen-Verhaltens in der DDR-Stadtplanung, sprach in diesem Kontext von einem dominierenden „Bezirks-Syndikalismus“ und unterstrich die Bedeutung von Netzwerkstrukturen und Eliten, welche Begriffe in einer Stadt besetzten, um zu handeln. In jungen Städten gab es eine Goldgräberstimmung und in den vielen alten ein „Welken der Bürgerlichkeit“ zu beobachten, wobei der Konsum mehr an Identität stiftete als ein weiterlebender Heimat-Traditionalismus.

Adelheid von Saldern forderte den Methodenpluralismus in der Stadtgeschichte ein, der begrifflich aufgefächert werden müsse, um städtische Herrschafts-Repräsentation sowohl als politische als auch als diskursive kulturelle Praxis umfassen zu können. Handlungsspielräume seien keineswegs fest konturiert und das Akteurs-Handeln hänge an Situationen und Personen, die allesamt in den Fokus gerückt werden müssten. Insgesamt sei eine Dynamisierung unseres Begriffsverständnisses erforderlich.

Auch Thomas Schaarschmidt (Leipzig) unterstrich die Praktikabilität diskursanalytischer Zugangswege, um Loyalitäten qua Heimat oder Großstadt-Bewusstsein analysieren und damit die Stilllegung oder Mobilisierung der DDR-Gesellschaft erfassen zu können. Zentral seien Codewörter und Metaphern, um die Abgrenzung und Konstruktion von Identifikationsangeboten zu lokalisieren, die über die Akteursinteressen politikmächtig wurden und einen Deutungsspielraum für eigensinniges Verhalten eröffneten.

Thomas Topfstedt betonte abschließend die trotz geringer Ressourcen beeindruckenden

Leistungen der DDR-Stadtgeschichte, gerade in jüngster Zeit, und verwies auf deren unmittelbare Relevanz für zeitgenössische Architektur- und Städtebau-Diskussionen, insbesondere wenn es wieder um den Abriss von DDR-Baudenkmalen gehe.

Diese selbstbewusste Einschätzung konnte auch Heinz Reif aus der eigenen Erfahrung der bewußtseinsbildenden Auswirkungen seiner bahnbrechenden Monographie über Oberhausen auf die dortige Planungsgeschichte der vergangenen beiden Jahrzehnte mit einer gewissen Befriedigung unterstreichen, sodass die Tagung, trotz lebhafter Kontroversen über den methodischen Vorzug monographischer oder summarischer Zugangswege, mit optimistischen Ausblicken schloss.

Tagungsbericht *Staedte im Sozialismus*. 06.02.2004–07.02.2004, Berlin, in: H-Soz-Kult 12.02.2004.